

**Niederschrift
über die Sitzung des Schulausschusses
am 23.08.2007 um 17.30Uhr
im Ratssaal des Rathauses der Stadt Eschweiler**

Anwesend:

Ratsmitglieder:

RM Schultheis (SPD) als AVors.
RM Faschinger (CDU) als stellv. AVors.

Von der SPD:

RM Zimmermann, RM Koch für RM Löhmann,
RM Medic, RM Schyns

Von der CDU:

RM Kamps, RM Kortz, RM Schmitz

Von der UWG:

RM Olbrich

Sachkundige Bürger:

Von der SPD:

Frau Lindner, Herrn Gall, Frau Kirschvink

Von der CDU:

Frau Mund

Von der FDP:

Frau Göbbels

Von Bündnis 90/ Die Grünen:

Frau Pieta

Sachkundige Einwohner:

Vertreter des Kinderschutzbundes:

Frau Kaleß

Vertreter der evang. Kirche:

-

Vertreter der kath. Kirche

Pfarrer Wienand

Vertreter der städt. Schulen:

Schulleiter Rott, Konrektor Busch, Schulleiter
Reinartz, Komm. Schulleiter Bleimann, Herr
Knörchen, Schulleiter Schnitzler

Gäste

-

Von der Verwaltung:

Herr Kamp, I/RF
Herr Henges, AL 40

Schriftführerin:

Frau Siemens, 40

Entschuldigt fehlten:

Schulleiter Meuter

AVors. Schultheis begrüßte die anwesenden Ausschussmitglieder, die Vertreter der Presse sowie der Verwaltung und eröffnete die Sitzung.

Er stellte fest, dass mehr als die Hälfte der Ratsmitglieder anwesend war und dass die Zahl der anwesenden Ratsmitglieder die Zahl der anwesenden Sachkundigen Bürger überstieg. Die Beschlussfähigkeit des Ausschusses war somit gegeben. Er stellte weiterhin fest, dass die Einladung frist- und formgerecht erfolgte.

Änderungswünsche zur Tagesordnung bestanden nicht, so dass die Tagesordnung in nachstehender Reihenfolge beraten wurde:

Tagesordnung:

A) Öffentlicher Teil:

- A1) Genehmigung einer Niederschrift
- A2) Schulentwicklungsplan der Stadt Eschweiler
-Fortschreibung 2006- **VV-Nr. 242/07**
- A 3) Mittagessen Hartz IV-Kinder;
hier: Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen vom 02.08.2007 **VV-Nr. 243/07**
- A 4) Erweiterung und Sanierung der Sonderschule Willi-
Fährmann-Schule, Umwandlung der Förderschule für
Lernbehinderte in eine Förderschule im Verbund
-Vorstellung der Planung- **VV-Nr. 210/07**
- A 5) Umwandlung von Hauptschulen in Hauptschulen mit
erweitertem Ganztagsbetrieb
-mündlicher Bericht-
- A 6) Anfragen und Mitteilungen
 - 6.1) Gewaltprävention an Schulen
 - 6.2) Mittagessen in offenen Ganztagschulen im Primarbereich

B) Nichtöffentlicher Teil:

- B 1) Anfragen und Mitteilungen

A) Öffentlicher Teil:

A 1) Genehmigung einer Niederschrift

Frau Mund merkt an, dass sie aus Befangenheit an der Abstimmung zu TOP B5), Umwandlung der Katholischen Grundschule Bergrath in eine offene Ganztagschule zum Schuljahr 2007/2008, nicht teilgenommen habe.

Die Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses vom 10.05.2007 wurde einstimmig genehmigt.

**A 2) Schulentwicklungsplan der Stadt Eschweiler
-Fortschreibung 2006-**

VV-Nr. 242/07

RM Olbrich erkundigte sich nach der Beschaffenheit der Betreuungsräume an der KGS Bergrath in der alten Schule auf der Kopfstraße.

Herr Kamp führte aus, dass zur Einrichtung der offenen Ganztagschule die Räumlichkeiten mit dem notwendigen Aufwand hergerichtet wurden. Um nicht förderschädlich in Bezug auf den Antrag auf Bundesmittel für Investitionen zu handeln, wurden zunächst nicht mehr als die notwendigen Ausgaben getätigt.

RM Olbrich merkte zu Seite 59 des SEP-Entwurfs an, dass die Trennung der Toilettenanlage im Schulzentrum Stadtmitte unbedingt erforderlich sei. **Herr Kamp** erläuterte, dass im Zusammenhang mit den Überlegungen zur Einrichtung des gebundenen Ganztages an der GHS Stadtmitte entsprechende Planungen mit aufgenommen werden (weitere Ausführungen hierzu siehe TOP A5).

RM Faschinger erkundigte sich nach der Kostenbeteiligung der Stadt Stolberg zum laufenden Unterhalt an der Gesamtschule Waldschule, an der schließlich beinahe die Hälfte der gesamten Schüler aus Stolberg kommen. **AVors. Schultheis** führte aus, dass lediglich durch die Berechnung der Schlüsselzuweisung ein entsprechender Ausgleich geschaffen werde. Jedoch hat die Tatsache, dass Stolberger Schüler die gleiche Berechtigung haben, an der Städt. Gesamtschule Eschweiler beschult zu werden, zur Konsequenz, dass jedes Jahr eine Reihe Eschweiler Schüler keinen Platz erhalten. **RM Zimmermann** regte für die SPD-Fraktion an, die Verwaltung möge angesichts der Ablehnung von jährlich 100 Schülern an der Städtischen Gesamtschule die **g r u n d s ä t z l i c h e** Genehmigungsfähigkeit einer zweiten Gesamtschule in Eschweiler bei der Bezirksregierung bzw. der Landesregierung schriftlich anfragen und über die Antwort in der nächsten Ausschusssitzung berichten. Die schriftliche Antwort zur grundsätzlichen Genehmigungsfähigkeit einer weiteren Gesamtschule möge dem Protokoll einer der nächsten Ausschusssitzungen beigelegt werden."

SL Schnitzler führte aus, dass der vorgelegte Entwurf des SEP lediglich eine Prognose für die nächsten drei Jahre zeige. Eine Aktualisierung der Schülerzahlenprognosen in kürzeren Abständen als in dem bisherigen Rhythmus von fünf Jahren halte er für angebracht. Betrachte man z.B. die Schülerzahlenprognose des letzten SEP mit den tatsächlich erreichten Zahlen, so sehe man tw. erhebliche Abweichung. **Herr Kamp** sagte zu, dass ab 2008 eine Aktualisierung der Schülerzahlen und die kurz- bis mittelfristigen Schülerzahlenprognosen in kürzeren Abständen - nach Möglichkeit jährlich - erfolgen werde.

Nach weiteren Wortmeldungen und Stellungnahmen nahm der Schulausschuss den Entwurf des SEP der Stadt Eschweiler -Fortschreibung 2006- zur Kenntnis. Die Verwaltung wurde beauftragt, die Schulmitwirkungsgruppen zu beteiligen und danach die endgültige Fassung dem Schulausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.

**A 3) Mittagessen Hartz IV-Kinder;
hier: Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/ Die
Grünen vom 02.08.2007**

VV-Nr. 243/07

RM Zimmermann regte die Überlegung an, ob auch Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I, insbesondere die Gesamtschüler, in die Förderung mit aufgenommen werden könnten und sollten.

Herr Kamp führte aus, dass die Grundidee des Förderprogramms die Unterstützung der Kinder in der Primarstufe sei. Problematisch bei der Einbeziehung der Schüler der Städtischen Gesamtschule seien die Feststellung der Bedürftigkeit und die Regelmäßigkeit der Teilnahme am Mittagessen. **Herr Kamp** erläuterte weiter, dass der Landesfond auf 10 Mio

Euro begrenzt sei und sollte der anteilige Betrag für die Schulträger nicht ausreichen, für alle angemeldeten Kinder den Anteil von 1,00 Euro pro Mittagessen aufzufangen, so müsse die Kommune den Differenzbetrag hinzuzahlen. Durch die Subventionierung der Mittagsverpflegung können sich weiterhin die Anmeldezahlen für die offenen Ganztagschulen erhöhen, wodurch der Zuschuss seitens der Kommune ebenfalls ansteigen könne. Somit kann zum jetzigen Zeitpunkt die finanzielle Auswirkung für die Stadt Eschweiler nicht abschließend abgeschätzt werden.

Mit dem Zusatz, dass die Verwaltung beauftragt werde zu prüfen, ob ebenfalls Schülerinnen und Schüler der Gesamtschule durch das Programm des Landes unterstützt werden können, empfahl der Schulausschuss einstimmig dem Stadtrat nachstehenden Beschluss:

Die Stadt Eschweiler nimmt am Landesprogramm „Kein Kind ohne Mahlzeit“ teil und stellt die entsprechenden Haushaltsmittel zur Verfügung. Die Verwaltung wird beauftragt, alle hierzu erforderlichen Schritte einzuleiten.

A 4) Erweiterung und Sanierung der Sonderschule Willi-Fährmann-Schule, Umwandlung der Förderschule für Lernbehinderte in eine Förderschule im Verbund **-Vorstellung der Planung- VV-Nr. 210/07**

RM Olbrich erkundigte sich, ob die anfallenden Kosten für die Schülerinnen und Schüler aus den Gemeinden Inden und Langerwehe nur über die Schlüsselzuweisung für die Stadt Eschweiler berücksichtigt werden, oder ob andere Ausgleichszahlungen zur Beschulung „fremder“ Kinder geleistet würden. **Herr Kamp** erläuterte, dass neben der Berücksichtigung in der Berechnung der Schlüsselzulage, aufgrund der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit den Gemeinden Inden und Langerwehe eine entsprechende Beteiligung an laufenden Kosten sowie an Investitionskosten der Willi-Fährmann-Schule geleistet werde.

Schulleiter Bleimann bedankte sich bei der Verwaltung für die Berücksichtigung der schuleigenen Vorstellungen in den baulichen Planungen. **RM Zimmermann** bat, das Antwortschreiben der Schule, in welchem sie erklärt, mit den Planungen einverstanden zu sein, dem Protokoll zur Kenntnis beizufügen.

Der Schulausschuss fasste einstimmig, im Rahmen der Vorberatung den nachstehenden Beschluss als Empfehlung für den Stadtrat:

1. Dem im Sachverhalt dargestellten Planungskonzept wird zugestimmt. Die Realisierung der Baumaßnahme wird beschlossen.
2. Nach Vorlage des Schulentwicklungsplans in 2007 ist die Planung sowie die tatsächliche Umsetzung der Gesamtentwicklung ggf. noch anzupassen.

A 5) Umwandlung von Hauptschulen in Hauptschulen mit erweitertem Ganztagsangebot **-mündlicher Bericht-**

Herr Kamp führte aus, dass der Antrag der GHS Stadtmitte auf Einrichtung des gebundenen Ganztages zunächst abgelehnt wurde. Aufgrund einer neuerlichen Mitteilung des Ministeriums ist es möglich, den Genehmigungsbehörden bis zum 31. Oktober 2007 mitzuteilen, ob man den urspr. gestellten Antrag aufrechterhalten möchte. Es bestehe die Möglichkeit, doch noch eine Bewilligung zur Einrichtung des gebundenen Ganztags an der GHS Stadtmitte zum Schuljahr 2008/ 2009 zu erhalten. Dabei sei jedoch zu beachten, dass die Möglichkeit, Schulbaumittel für den Umbau der Hauptschulen zu beantragen, nicht mehr besteht. Das Land bietet lediglich die Möglichkeit, zur Finanzierung der notwendigen baulichen Maßnahmen auf Mittel der aufgestockten Schulpauschale zurückzugreifen. **Herr Kamp** gibt jedoch zu bedenken, dass die Erhöhung der Schulpauschale des Landes NRW um 80 Mio Euro,

keine große Unterstützung für die Ganztageseinrichtung an der GHS Stadtmitte bietet. Denn eine Vielzahl von Investitionsausgaben der Kommunen im Schul- und Jugendbereich sollen durch diese Erhöhung unterstützt werden.

Herr Kamp erläutert weiter, dass nach Aussage der Schulleitung der GHS Stadtmitte das Land in der Vergangenheit auch an Zusagen, die personelle Ausstattung für den Ganzttag zur Verfügung zu stellen, nicht festgehalten habe. Ohne diese Voraussetzung, so Frau Schultes-Zartmann, wolle sie an der Umwandlung zur Ganzttagsschule nicht festhalten.

Bei diesen neuen Gegebenheiten ist mit der Schulleitung ein erneutes Gespräch zu führen, wobei insbesondere auch der bauliche Aspekt (evtl. Reduzierung des Raumbedarfes) zu erörtern ist.

A6) Anfragen und Mitteilungen

6.1) Gewaltprävention an Schulen

RM Schyng gibt einen Appell an die Vertreter der anwesenden Schulen, die im städtischen Haushalt bereitgestellten Mittel zur Gewaltprävention an Schulen auch in Anspruch zu nehmen, bevor am Ende des Haushaltsjahres die Mittel im Rahmen der Gesamtdeckung untergehen.

6.2) Mittagessen an offenen Ganzttagsschulen in städtischen Grundschulen

SkB Kirschvink berichtet, dass sie aus verschiedenen Quellen und aus eigener Erfahrung wisse, dass die Essenslieferungen in den offenen Ganzttagsschulen oftmals zu kalt und öfter unvollständig (Beilagen fehlen) sind. **SkB Kaleß** bestätigt die Aussage und führt weiter aus, dass die ständigen Temperaturmessungen bei Anlieferung des Essens und vor jeder Essensausgabe einen erheblichen Aufwand für die Betreuerinnen darstelle.

Herr Kamp erläutert, dass von vielen Seiten Beschwerden in Bezug auf die Qualität und manchmal auch auf die Menge des Essens an die Stadt herangetragen werden. Man stehe im ständigen Kontakt mit dem Lieferanten und dieser sei bemüht, sämtliche Mängel zu beheben. Vor der Auftragsvergabe zum Schuljahr 2007/2008 wurden positive Referenzen eingeholt, wodurch sich nicht erahnen ließ, dass es zu so erheblichen Problemen bei den städtischen Grundschulen kommen könnte. **Herr Kamp** versichert, dass ab der 35. KW verstärkt Kontrollen durchgeführt werden und in jedem Fall Konsequenzen gezogen werden oder womöglich rechtliche Schritte eingeleitet werden müssen.